

INFOPERU Nr. 59

Der Newsletter der Informationsstelle Peru e.V.

20.November 2018

Inhaltsverzeichnis:

1. [Editorial \(H. Willer\)](#)
2. [Schlüsselübergabe in der Geschäftsstelle](#)
3. [Wenn Korruption krank macht \(Barbara Alagón\)](#)
4. [Die Grossmeister der Korruption - eine dokumentarische Lesung](#)
5. [Die Fujimoris am Ende ? \(H. Willer\)](#)
6. [Flüchtlingskrise: Was Deutschland von Peru lernen kann \(Jan Doria\)](#)
7. ["Damit niemand sagen kann, es sei nicht geschehen" \(V. Lentz\)](#)
8. [Bitter für die Frauen: Kommunal- und Regionalwahlen in Peru \(A. Baumgart\)](#)
9. [Aus dem Fenster - aus dem Sinn! Müll in Peru \(Leon Meyer\)](#)
10. [ILO 169 - Umsetzung mangelhaft \(A. Brox\)](#)
11. [Lange Schatten der Missionierung \(H. Schulze\)](#)
12. [Stress mit dem "Sieben-Farben-Berg" \(H. Schulze\)](#)
13. [Indigene Dorf-Chefinnen im Kommen \(H. Schulze\)](#)
14. [Veranstaltungen](#)

1. Editorial Infoperu 59

Liebe Leserin, lieber Leser,

in Peru meint man oft, dass das eigene Land spitze ist vor allem bei den Übeln: dass die Kriminalität zu hoch, die Wirtschaft zu langsam, die Politiker zu korrupt seien. Deswegen ist es durchaus bemerkenswert, wenn auf einmal ein mexikanischer Journalist sagt, Mexiko solle sich beim Kampf gegen die Korruption ein Beispiel an Peru nehmen: dort würden Ex-Präsidenten ins Gefängnis geworfen, würden korrupte Präsidenten abgesetzt und ein anderer korrupter Ex-Präsident per Auslieferungsgesuch geahndet. Die peruanische Menschenrechtsaktivistin und Dichterin Rocío Silva Santisteban berichtet darüber in ihrer wöchentlichen Zeitungs-Kolumne.

Der Blick von außen erlaubt zu sehen, welche Fortschritte es in Peru beim Kampf gegen die Korruption gegeben hat. Der jüngste Coup eines mutigen Richters: nicht nur Keiko Fujimori sitzt in Untersuchungshaft, sondern auch der seit Jahren der Korruption bezichtigte zweimalige Ex-Präsident Alan García darf zumindest das Land nicht verlassen - woraufhin dieser, um einer möglichen Untersuchungshaft zu entgehen, sich in die uruguayische Botschaft in Lima geflüchtet

und dort politisches Asyl beantragt hat. Uruguay hat das Asylgesuch angenommen und wird es prüfen.

Damit stehen nun alle Präsidenten Perus seit 1990 entweder verurteilt im Gefängnis (Alberto Fujimori), in Untersuchungshaft (Keiko Fujimori, und zuvor auch Ollanta Humala und seine Frau Nadine Heredia), mit Auslieferungsgesuch (Alejandro Toledo), oder gegen sie wird ermittelt und dürfen das Land nicht verlassen (Kuczynski und Alan García). Trotz aller Euphorie über diese "harte Hand" gegen korrupte Politiker, so ist die Vorstellung doch besorgniserregend, dass in Peru in den letzten fast 30 Jahren alle demokratisch gewählten Präsidenten korrupt gewesen sein könnten. Und trotz all des Mediengetoeses: der einzig rechtmässig Verurteilte ist bisher Alberto Fujimori. Ein Urteil wegen Korruption gegen die angeklagten Politiker zu erwirken, dürfte wesentlich schwieriger sein, als sie in Untersuchungshaft zu stecken.

Besonders wichtig ist deshalb das Referendum am 9. Dezember. Die Peruaner werden dann über eine Justizreform ebenso abstimmen wie über eine neue Regelung zur Parteienfinanzierung, die Wiedereinführung der zweiten Kammer, des Senats, und über die Möglichkeit der Wiederwahl für Abgeordnete.

Dass Präsident Vizcarra dieses Referendum trotz eines gegnerischen Parlamentes durchbrachte, ist ihm hoch anzurechnen - und die der Korruption leidigen Peruaner rechnen ihm dies auch hoch an, wie die letzten Umfragen zeigen, bei denen Martin Vizcarra hohe Zustimmungswerte erreichte.

Der Kampf gegen die Korruption kann erfolgreich sein - diese Botschaft ist insbesondere für junge Menschen wichtig. Denn was es für einen junge Peruanerin und ihre Familie bedeutet, mit Alltags-Korruption leben zu müssen, das beschreibt die peruanische Freiwillige Barbara Alagón in einem eindrücklichen Testimonio in diesem Newsletter.

Vielfältige weitere Artikel, Interviews und Portraits runden diesen Newsletter ab.

Wie immer sind Sie eingeladen, die einzelnen Artikel zu kommentieren, und uns auch auf facebook und twitter zu folgen.

Hildegard Willer

2. Schlüsselübergabe in der Geschäftsstelle

Nach 22 Jahren Arbeit in der Geschäftsstelle ist Jimi Merk am 30. September in Rente gegangen. Aber er bleibt der Infostelle mit seinem großen Erfahrungsschatz erhalten: Bei der Mitgliederversammlung im April wurde er in den Vorstand gewählt und hat dieses Amt nun nach Beendigung seiner hauptamtlichen Arbeit angetreten.

Neue Geschäftsführerin ist Annette Brox, die bereits in den Anfangsjahren und dann wieder in den letzten fünf Jahren im Vorstand mitgearbeitet hat.

In den folgenden Zeilen würdigt Heinz Schulze die Arbeit von Jimi Merk und Annette Brox stellt sich selber vor:

Würdigung Jimi Merk

UNSER GESCHÄFTSFÜHRER DER INFORMATIONSTELLE PERU IST IM (UN) RUHESTAND.

Das ist kein Nachruf. Wir haben unseren langjährigen Geschäftsführer,

Jimi Merk, mit einer schönen Feier bei unserem Jahresseminar im April 2018 verabschiedet und dabei deutlich gemacht, wie wichtig das engagement, die Arbeit und Person von ihm war. Auch, dass es die Informationsstelle Peru e.V. nicht nur noch gibt sondern als eine der wenigen Länder-Solidaritäts-Netzwerke in der BRD weiter so gut aufgestellt ist.

Als langjähriger Vorstands-Begleiter vom Jimi Merk war ich meist sein Haupt-Ansprechpartner und dabei sind wir durch gute und schlechte Zeiten gegangen.

Im Vorstand freuen wir uns sehr (!), dass Jimi jetzt ein Vorstandskollege ist und da seine ganze Erfahrung einbringen kann. Besser kann ein "Abschied" nicht sein. Und schon deshalb ist dieses kein Nachruf.

Vielen Dank, Jimi,

Heinz Schulze

"Die Neue": Annette Brox stellt sich vor

Nach über 22 Jahren hat Jimi Merk Ende September seine Arbeit als Geschäftsführer der Infostelle beendet und ist in den Ruhestand gegangen.

Ich bin „die Neue“ und möchte mich hier vorstellen: Ich heiße Annette Brox, bin 52 Jahre alt, verheiratet und habe zwei erwachsene Kinder. Von Beruf bin ich Sozialarbeiterin. Nach meinem Studium in München habe ich von 1989 bis 1991 als Freiwillige in Cajamarca gearbeitet. Als ich dann nach Deutschland zurückkehrte und nach Freiburg zog, habe ich mich dort der Perugruppe angeschlossen und auch zwei Jahre im Vorstand der Infostelle mitgearbeitet.

Danach haben mich einige Jahre andere Themen mehr beschäftigt: die Familie, der Beruf, ein Mehrgenerationen-Wohnprojekt, in dem wir seit 17 Jahren wohnen, und kommunalpolitisches Engagement.

Da mich Peru aber auch in dieser Zeit nie ganz los gelassen hat und ich von einer Peru-Reise mit meiner Familie wieder neu „angesteckt“ zurückkam, habe ich mich 2012 bei der Infostelle sozusagen zurückgemeldet und war seit 2013 wieder im Vorstand.

Beruflich war ich bisher in einem ganz anderen Arbeitsfeld tätig: 23 Jahre lang war ich Geschäftsführerin eines Vereins, der Gemeinwesen- und Jugendarbeit in einem Freiburger Stadtteil betreibt. Diese Arbeit hat mir immer sehr viel Spaß gemacht. Aber nach über 20 Jahren war es dann doch Zeit für Veränderung. Und da war die Infostelle für mich eine attraktive Perspektive, um noch einmal etwas ganz Neues anzufangen.

Seit Oktober sitze ich nun also am Schreibtisch unterm Dach in der Kronenstraße 16 HH (Hinterhaus) in Freiburg und bemühe mich, mich möglichst schnell und gut in die vielen Aspekte der Geschäftsführungsaufgabe einzuarbeiten: in die wichtigsten Themen, in die Vernetzungsstrukturen, die Kontakte mit unseren Zuschussgebern, in die Finanzen, die verschiedenen Antragslogiken usw. Dabei bin ich sehr froh, dass Jimi Merk mir immer wieder mit

Rat und Tat zur Seite steht. Auch an dieser Stelle vielen Dank dafür!

Im Januar werden Jimi Merk und ich gemeinsam auf einer „Übergabe-Reise“ drei Wochen in Peru sein. Das ist für mich die tolle Chance, alle bestehenden Kontakte direkt und persönlich übergeben zu bekommen. Darauf bin ich sehr gespannt und freue mich sehr!

Und ich freue mich immer über Rückmeldungen und Anregungen zu unserer Arbeit!

Auf eine gute Zusammenarbeit!

Annette Brox

Die Geschäftsstelle hat eine neue email-Adresse: info@infostelle-peru.de

Der Vorstand ist unter vorstand@infostelle-peru.de zu erreichen

3. Wenn Korruption krank macht

Barbara Alagón aus Lima erzählt, was es konkret bedeutet, wenn Korruption zum Alltag gehört.

Ich heiße Barbara, bin 22 Jahre alt, Peruanerin und studiere Ethnologie an der Nationalen Universität San Marcos. Wenn man “Peru” googelt, findet man Stichwörter wie Machu Picchu, Gastronomie, irgendetwas über Fußball, Unsicherheit und Korruption.

Als ich das erste Mal etwas von Korruption hörte, verstand ich nicht viel, ich war vielleicht fünf oder sechs Jahre alt. Die Nachrichten sagten es nicht deutlich, aber im Lauf der Jahre verstand ich, dass 80% von dem, was sie berichteten, direkt oder indirekt mit Korruption zu tun hatte.

Ich verstand es besser, als mein Vater mir und meinem Bruder erzählte, was ihm passiert war: Er fuhr im Auto, ein Polizist hielt ihn wegen überhöhter Geschwindigkeit an. Mein Vater hatte kein Geld dabei. Er wusste, dass er nicht so schnell gefahren war. Und er wusste auch, was der Polizist wollte. Mein Vater hielt an der Straßenecke an, der Polizist kam und verlangte seine Papiere. Mein Vater erklärte ihm, das sei nicht gerecht, aber der Polizist hörte ihm gar nicht zu. Er wollte nur wissen, wieviel Geld mein Vater im Geldbeutel hatte, um einen Strafzettel zu vermeiden. Mein Vater sagte ihm, dass er lieber die Strafe bezahlte, da gab ihm der Polizist seine Papiere zurück und ging.

Viele Menschen sehen Korruption nicht mehr als etwas Außergewöhnliches an. Sie ist so selbstverständlich geworden, dass im Vorfeld von Wahlen der meist gesprochene Satz lautet: “Er stiehlt, aber er macht wenigstens etwas” oder: "Besser ein Dieb, den man bereits kennt, als einer, den man nicht kennt" Es ist schwierig, einer solchen Macht entgegenzuwirken und anzuerkennen, dass Korruption ein kompliziertes Thema ist.

Gute Noten - dank eines Geschenks an die Lehrerin

Ich bekam es aus der Nähe mit, als ein Mitschüler nie seine Aufgaben machte und trotzdem ganz leicht durchs Schuljahr kam. Er berichtete, dass er der Lehrerin 100 Soles zahlte, damit sie ihm gute Noten gab. Er erzählte das, weil sie im Jahr vorher mehr Geld von ihm verlangt hatte.

Wie jeden anderen, der die Nachrichten über Korruption in seinem Land sieht, beschäftigt mich das Thema, weil ich es kenne, weil ich mich darüber informiere, weil ich es verstehe. Einen Bericht über Korruption zu schreiben, ist einfach. Ich glaube, inzwischen gibt es Statistiken, es gibt Fälle, über die in aller Welt in den Nachrichten berichtet wird. Aber aus einer persönlichen Sicht darüber zu sprechen, macht es komplizierter, denn mit allem, was man weiß, wünscht man sich, dass es nicht wahr sei.

Ein falsch operierter Ellenbogen

Aufgrund der Korruption gibt es zum Beispiel in den Krankenhäusern schlechte Ärzt*innen. Nicht alle, aber manche arbeiten nur deswegen dort, weil sie mit den Chefs oder mit irgendeinem Politiker befreundet sind, der korrupt ist. Ein solcher Arzt behandelte meinen Bruder, als dieser sich bei einem Unfall den rechten Ellenbogen gebrochen hatte. Er musste mit seinem acht Jahren sechs Stunden in der Notaufnahme warten, und dann operierten sie den Arm schlecht. Sie operierten die Knochen falsch zusammen. Wir haben das nicht gemerkt, bis sie die Fäden der Naht zogen. Meine Eltern beschwerten sich im Krankenhaus Angamos der staatlichen Versicherung Essalud und bekamen nur ein paar entschuldigende Worte vom Arzt. Da erfuhren sie, dass er der Chef der Traumatologie-Abteilung war und dass es nicht das erste Mal war, dass so etwas passierte. Dazu bot er meinen Eltern an, meinen Bruder nochmal zu operieren, wenn er 18 wäre. Bekanntlich zahlt ab dann die Versicherung von Essalud nicht mehr für jeden, sondern nur für die, die eine offizielle Arbeit haben sowie für deren Ehefrau oder Ehemann und minderjährige Kinder. Meiner Familie blieben nur noch zwei Monate in der Versicherung, weil mein Vater entlassen worden war. Mein Bruder ist jetzt achtzehn, er kann seinen Arm zwar bewegen, aber nicht ganz ausstrecken.

Am Rande des Überlebens

Auch aufgrund von Korruption war die finanzielle Situation bei mir zuhause einige Jahre lang kritisch. Mein Vater wurde nach 15 Jahren von seiner Firma entlassen, die angeblich insolvent war, aber nur den Namen wechselte, um ihre Schulden nicht bezahlen zu müssen. Und das alles wegen schlechten Managements einer der Geschäftsführer, der sich an der Firma bereicherte. Da sie meinen Vater kannten, stellten sie ihn wieder ein, aber ohne Festanstellung, nur auf Honorarbasis, ohne Krankenversicherung, ohne Rentenversicherung. Mein Vater musste das für eine Weile akzeptieren, bis er beschloss zu kündigen, nachdem die Firma ihm drei Monate Bezahlung schuldete. Da waren die Umstände schon ziemlich schwierig, auch für meine Mutter.

In meinen letzten Jahren an der Schule fehlten meinem Bruder (dem mit dem schlecht operierten Arm) noch vier Jahre bis zum Schulabschluss, und mein jüngerer Bruder war ein Jahr alt. Die Schule war nicht so weit weg, aber bis dahin war es nicht nötig, hin und zurück zu laufen. Es war billiger für uns zwei Mittagessen in der Volksküche zu kaufen und zu teilen. Mein Vater war fast nie zuhause, er machte Gelegenheitsarbeiten als Schreiner, Maler, Klempner, Taxifahrer, Regalauffüller, Elektriker - er machte alles. Meine Mutter fing an mit einem Wagen Essen auf der Straße zu verkaufen, mit meinem einjährigen Bruder an ihrer Seite, im Kinderwagen.

2012 war ich mit der Schule fertig und unsere Situation schien sich nicht zu bessern. Die Zeitungen schrieben zwar, dass wir eines der lateinamerikanischen Länder mit dem höchsten Wirtschaftswachstum wären, genauso wie Panama und Chile. Und trotz der Krise sagten die Statistiken, dass wir weiter wachsen würden, aber auf der Straße fragten wir uns, wo denn dieses Wirtschaftswachstum sei. So half ich auch beim Verkaufen. Mein größtes Ziel war nur, Englisch zu studieren und irgendeine Arbeit zu finden. Aber meine Eltern gehören zu denen, die glauben, dass ein Studium der einzig richtige Weg ist. So konnte ich zwischen Schulden und viel Arbeiten mich an einer "Academia" einschreiben, die auf die Universitäts-Zugangs-Prüfungen vorbereitet – natürlich an einer staatlichen. Eine private Universität ist ein Luxus, an den wir nicht einmal dachten. Ich war fast den ganzen Tag an der "Academia" und traf viele Studierende in meinem Alter oder älter. Ihre Familien waren in derselben Situation wie wir. Mit drei Freundinnen kaufte ich manchmal ein Mittagessen für sieben Soles, das wir teilten, um etwas zu essen zu haben. Meine Eltern wussten das nicht, sie hatten genug damit, die "Academia" zu bezahlen und mir jeden Tag 2,50 Soles für den Bus zu geben. Das Benzin wurde teurer und ich musste selbst etwas beitragen. Langsam wurde die Situation besser.

Als ich einmal abends mit Tränen in den Augen mit meinem Vater über diese Jahre sprach, erzählte er mir, dass er zweimal daran gedacht hatte, sich umzubringen, weil er die Verantwortung für seine drei Kinder und seine Frau ohne Arbeit und ohne Geld nicht erfüllen konnte, nicht so, wie er es wollte.

Was er mir damals sagte, hat mich geprägt. Bis heute ist mir bewusst, dass diese Krise, die meine Familie erlebt hat, viele Familien durchgemacht haben, und manche bis heute oder sogar noch schlimmer. Und immer noch leben wir in einem Land, wo Menschen, die mehr als acht Stunden arbeiten oder manchmal zwei Arbeitsstellen haben, nicht von ihrem Lohn leben können.

Selbst an der Uni gibt es Korruption

Wenn man an der Uni und besser informiert ist, muss man sich einfach über soviel Korruption innerhalb und außerhalb der Uni empören. Viele sagen, die Universität San Marcos sei wie ein kleines Peru. Das stimmt, die Korruption eingeschlossen: da sind die, die an der Macht und an ihren Posten kleben, der gekürzte Haushalt für die Mensa, die gleichbleibend schlechten Wohnheime, die mangelnde Sicherheit rund um die Universität, die Gehwege und Straßen, die eine ewige Baustelle sind. Der Haushalt für die Zulassungsprüfungen ist eine unendliche Liste von Korruptionsfällen und schlechtem Management. Das alles führt dazu, dass wir Studierenden nicht mehr nur empört sind, sondern uns organisieren und entsprechende Forderungen aufstellen.

Mein Ziel ist es nicht mehr allein, das Studium abzuschließen und Arbeit zu finden. Ich möchte mich gut darauf vorbereiten, etwas an den vielen Problemen zu ändern. Aber vor allem sollen andere nicht das Gleiche durchmachen – diese wahnsinnige Anstrengung für einen selber und die Familie, um studieren zu können. Das ist ein Grundrecht und der Staat müsste es garantieren, genauso wie eine vollwertige medizinische Versorgung in jedem Krankenhaus. Es darf nicht von den finanziellen Mitteln abhängen, welche medizinische Versorgung man sich leisten kann.

Gerade mache ich einen Freiwilligendienst in einem Kindergarten in Lahr. Ich glaube, jede Erfahrung bringt sowohl mich als auch die Menschen, mit denen ich zusammen bin, weiter. Im Grunde genommen sind wir gleich. Wenn ich nach Peru zurückkehre, werde ich in einem Projekt weiter mitarbeiten, das ich mit meinen Studienkolleginnen gegründet habe: „die Hysterie“. Wir sind eine Gruppe von Studentinnen, die sexuelle Belästigung und Angriffe innerhalb der Universität anzeigen. Außerdem will ich „Inklusiv“ auf den Weg bringen, ein Projekt, das ich mir bisher nur langfristig vorgenommen hatte. Es geht um gemeinschaftliche Rehabilitation. Angefangen habe ich es mit einem Freund, der sehr am Thema Menschen mit Behinderung interessiert ist.

Mein Ziel ist es, die geplanten Projekte wieder aufzunehmen und umzusetzen. Und ich bin sicher, dass mir mein Freiwilligendienst neue Ideen gibt für die Zeit, wenn ich zurückkehre.

Barbara Alagón, Ethnologie-Studentin aus Lima, macht ein Freiwilligen-Jahr in einem Kindergarten in Lahr/Erzdiözese Freiburg.

Der Text wurde übersetzt aus dem Spanischen von Annette Brox.

4. Die Grossmeister der Korruption - Eine dokumentarische Lesung

„Es war einmal eine deutsche Familie, die 1861 aus Pommern nach Brasilien auswanderte...“

So beginnt eine dokumentarische Lesung über den Korruptionsskandal rund um die Firma Odebrecht, die der AK Lateinamerika in München im Oktober „uraufgeführt“ hat – eine lebendige Erzählung darüber, wie das Unternehmen mit einem raffiniert ausgeklügelten System der Korruption Einfluss auf Politik und Wirtschaft nahm und damit Aufträge für zahlreiche äußerst

lukrative Aufträge bekam.

Protagonisten der Geschichte sind zwei Führungskräfte des Unternehmens und die Staatsanwaltschaft. In den Fragen der Staatsanwaltschaft und den Antworten der beiden Manager wird das Ausmaß des Korruptionsskandals in Peru deutlich. Fünf Präsidenten waren involviert: Begonnen mit Alan García, der in seiner Amtszeit regelmäßig Besuch von führenden Odebrecht-Mitarbeitern erhielt und u.a. das Bewässerungsprojekt Olmos an das Unternehmen vergab. Spargel, Avocados, Mangos von dort landen auch in deutschen Supermärkten. Weiter geht es mit Alberto Fujimori, der viele Millionen Bestechungsgelder erhielt. Seine Tochter Keiko erhielt eine Wahlkampf-Hilfe von 500.000 Euro, in einer Sporttasche überbracht. Als das nicht reichte, gab es noch mehr Geld. Auch Alejandro Toledo erhielt Wahlkampfhilfe. Und im Vorfeld des Baus der Interozeanischen Straße flossen 20 Millionen Dollar auf sein Konto.

„Wir unterstützen alle Präsidentschaftskandidaten, um unseren Interessen alle Türen zu öffnen und bessere Chancen zu bekommen. Wir unterstützen alle. Egal, wer die Wahlen gewann, wir standen bei allen gut da. Bei der Auftragsvergabe reden alle Parteien und ihre Parlamentsabgeordneten ein Wörtchen mit. Das muss man bedenken“, so ein führender Mitarbeiter des Unternehmens.

Kein Wunder also, dass auch Ollanta Humala und Pedro Pablo Kuczynski Geld von Odebrecht erhielten, auch wenn letzterer dies hartnäckig leugnete und erst im März 2018 zurücktrat, als die Beweislast erdrückend war.

Nicht nur die Verwicklungen der einzelnen Präsidenten in den Bestechungsskandal werden in der Lesung erörtert. Die Zuhörer*innen erfahren auch, wie die Kommunikation und das System der Schmiergeldzahlungen funktionierten, und was in diesem Zusammenhang eine „Schildkröte“, „fiktive Verträge“ und die Abteilung „Sondergeld“ bedeuten.

Die politische und juristische Aufarbeitung des Odebrecht-Skandals läuft. Das Justizministerium ermittelt gegen 27.000 staatliche Funktionäre und Bürgermeister wegen Bestechlichkeit.

Und die Moral von der Geschichte?

Die kann nachlesen, wer die dokumentarische Lesung in der Geschäftsstelle der Infostelle bestellt. Gerne schicken wir sie zu. Und wir freuen uns, wenn sie nicht nur daheim im Wohnzimmer gelesen wird, sondern – so wie in München – auf einer öffentlichen Veranstaltung. Das Münchner Publikum jedenfalls war beeindruckt und diskutierte im Anschluss angeregt.

Das Lesestück kann per E-Mail in der Geschäftsstelle bestellt werden – gerne gegen eine kleine Spende.

Annette Brox

5. Die Fujimoris am Ende ?

Am 31. Oktober 2018 hörte Keiko Fujimori mit unbewegter Mine, wie Richter Carhuacho das Urteil über sie sprach: 36 Monate Untersuchungshaft, um die Anklagen auf Geldwäsche gegen sie und ihre Partei Fuerza Popular zu untersuchen. Polizisten führten die Mutter von zwei minderjährigen Töchtern ab und brachten sie ins Frauengefängnis nach Chorrillos.

Drei Wochen vorher, am 3. Oktober, annullierte der Oberste Richter Hugo Núñez die Begnadigung von Alberto Fujimori. Die Zivilklage der Opfer der Massaker von Barrios Altos und La Cantuta war erfolgreich. Menschenrechtsvergehen dürfen nicht begnadigt werden, urteilte der Richter. Der Ex-Präsident und Vater von Keiko Fujimori muss seine Reststrafe von 12 Jahren nun in Hausarrest verbringen.

Es scheint, dass die Geschichte der Familiendynastie der Fujimoris in Peru ihrem Ende zugeht. Dabei sah es noch vor wenigen Monaten gar nicht danach aus.

Im Juni 2018 stand Keiko Fujimori im Zenit ihrer politischen Macht. Ihre Partei "Fuerza Popular" stellte die Mehrheit der Abgeordneten im peruanischen Parlament. Sie hatten es geschafft, Präsident Kuczynski abzusetzen; dessen Vizekanzler Martin Vizcarra würde ein willfähriger und schwacher Präsident sein, der sich der Mehrheit im Parlament zu beugen hat. So dachten damals viele.

Der Wendepunkt kam mit der Rede des Präsidenten Martin Vizcarra zum Nationalfeiertag am 28. Juli. Dort kündete der Zufalls-Präsident eine Reform des Justizwesens an, über das zudem das Volk - und nicht das verhasste Parlament - in einem Referendum abstimmen sollte. Bei der nachfolgenden Auseinandersetzung mit dem Parlament blieb Vizcarra hart - und gewann. Das Referendum wird am 8. Dezember 2018 abgehalten werden.

Hintergrund sind die verschiedenen Korruptions-Skandale, die Peru seit Jahren erschüttern, und die meist mit Wahlkampfspenden und Schmiergeldern des brasilianischen Baukonzerns Odebrecht zu tun haben. Das Fass zum Überlaufen brachten jedoch die Telefonmitschnitte hoher Richter, in denen sie ihre Urteile an den Meistbietenden verschacherten - auch Gewährsleute von Keiko Fujimori waren darunter.

Keiko Fujimori konnte sich bis dahin - ebenso wie der zweimalige Ex-Präsident Alan García - vor gerichtlicher Verfolgung schützen, obwohl es seit Jahren starke Hinweise auf illegale Geldspenden und Geldwäsche in ihrer Partei gibt. Diese Glückssträhne endete mit der Anklage auf Geldwäsche und Bildung einer kriminellen Vereinigung innerhalb ihrer Partei, welche die Staatsanwaltschaft vorbrachte. Wegen Fluchtgefahr beantragte der Staatsanwalt 36 Monate Untersuchungshaft - die ihm vom Richter vollumfänglich gewährt wurden.

Schon während des Gerichtsprozesses gegen Keiko Fujimori verließen mehrere ihrer Abgeordneten die Fraktion. Bei einer Umfrage Ende August bekam Keiko Fujimori, die 2016 um ein Haar zur Präsidentin gewählt worden war, nur noch 15%. Bei den Kommunalwahlen im Oktober holte ihr Bürgermeister-Kandidat fuer Lima gerade mal 2%.

Keiko Fujimori im Gefängnis und unter schwerer Anklage; ein geschwächter, alter Alberto Fujimori, der wieder ins Gefängnis muss. Eine Fraktion, die schrumpft und politischen Einfluss verliert. Alles deutet darauf hin, dass die Familie Fujimori, die seit 28 Jahren die Politik Perus maßgeblich mitbestimmt hat, an ihr politisches Ende gekommen ist.

Einige mögen einwenden, dass es vor 18 Jahren, im Jahr 2000 auch schon so schien, als ob die Fujimoris in Peru ausgedient hätten: Alberto Fujimori war nach Japan geflohen, und hatte seine 25-jährige Tochter Keiko zurückgelassen. Trotz aller Korruptionsvorwürfe und Menschenrechtsvergehen konnte Fujimori damals jedoch auf eine beträchtliche Anhängerschaft zählen, die ihm zugute hielt, dass er den Terrorismus besiegt und die Inflation eingedämmt habe. Die Methoden der Fujimori-Partei waren jedoch immer schon illegal oder an der Grenze des Illegalen: Menschenrechte galten wenig bis nichts, politische Institutionen wurden ausgehebelt oder kooptiert, Urteile und Stimmen gekauft. Die Fujimori-Partei konnte auf die Unterstützung verschiedenster Sektoren der peruanischen Gesellschaft zählen: zum einen die Armen in den Städten oder auf dem Land, die sich durch einfache populistische Maßnahmen beeindrucken ließen; die große Masse der informellen kleinen Solo-Unternehmer, deren Existenz-Grundlage gerade die Abwesenheit jeglicher Institutionalität ist; zum anderen aber auch die Wirtschaftselite, welche über die rüden politischen Maßnahmen der Fujimoris die Nase rümpften, aber insgeheim sagten, dass Fujimori halt ein notwendiges Übel sei, um eine neoliberale Wirtschaftspolitik weiterzuführen.

Das Genick gebrochen hat Keiko Fujimori letztlich der Überdross der Menschen an der sichtbaren Korruption. die Anhäufung von Korruptions-Verdacht gegen Fujimori-nahe Personen, und die z.T.

groteske Zurschaustellung von Partei- und Individualinteressen ihrer Abgeordneten im Parlament.

Ist die Familiendynastie damit wirklich zu Ende? Keikos jüngerer Bruder Kenji, der als Parlamentarier mit seiner Schwester brach, um die Begnadigung seines Vaters voranzutreiben, schweigt bisher. Er könnte einst versucht sein, das Erbe anzutreten. Denn unabhängig davon, ob es ein Fujimori oder ein anderer Heilsbringer sein wird: die Fujimori-Partei hinterlässt auch eine Lücke in der politischen Repräsentanz oben genannter Bevölkerungsschichten.

Hildegard Willer

6. Flüchtlingskrise: Was Deutschland von Peru lernen kann

Wenn man als „Gringo“ mit Peruanern spricht, erscheint Deutschland oft als „gelobtes Land“, als unantastbares Vorbild, das man in Peru kopieren müsse. Im Umgang mit humanitären Krisen aber könnte Deutschland sich eine Scheibe von Peru abschneiden.

Fast 11.000 Kilometer Luftlinie trennen Deutschland und Peru, eine komplett verschiedene Geschichte, eine – wie wir sehen werden – andere Kultur und Sprache. Und doch gibt es seit jüngster Zeit eine Gemeinsamkeit, welche die beiden Länder verbindet: beide sind das Hauptziel einer gewaltigen Migrationsbewegung auf ihrem jeweiligen Kontinent.

500.000 Flüchtlinge – und Peru bleibt entspannt

Rund 500.000 Venezolaner hat Peru bisher aufgenommen. Sie fliehen vor einem verbrecherischen kommunistischen Regime, das keinen Ausweg aus der nicht enden wollenden Wirtschaftskrise findet und bestrebt ist, jegliche seiner Kritiker mundtot zu machen.

500.000 Venezolaner, das sind rund 1,6 Prozent der peruanischen Bevölkerung. Deutschland nahm 2015, je nach Zählung, zwischen 750.000 und einer Million Flüchtlinge auf. Das sind jedoch maximal 1,2 Prozent der Bevölkerung. Das wirtschaftlich deutlich schwächere Peru nahm also verhältnismäßig mehr Flüchtlinge auf als der „starke Mann“ Europas.

Trotzdem bleibt Peru relativ ruhig. Natürlich gibt es Venezolaner, die unter rassistischen Anfeindungen leiden. Natürlich wurden die sozialen Netzwerke überschwemmt mit Falschnachrichten und erfundenen Geschichten über venezolanische Gewaltverbrecher, oftmals unterstützt durch sensationsgierige Nachrichtenportale. Und natürlich sind die Behörden Perus mit der Registrierung der zahlreichen Migranten völlig überfordert.

Und doch: die peruanische Regierung bleibt handlungsfähig. Handlungsfähig in dem Sinne, dass sie nicht seit drei Jahren darüber diskutiert, ob eine Entscheidung in einer Notsituation, die nun nicht mehr rückgängig zu machen ist, nun richtig war oder falsch. Handlungsfähig in dem Sinne, dass sie nicht ständig mit sich selbst beschäftigt ist, sondern mit innenpolitischen Sachthemen: die Regierung von Präsident Vizcarra hat den Kampf gegen die Korruption aufgenommen, ein ambitioniertes Verfassungsreferendum für den 9. Dezember durchgesetzt – und ist mit dieser Strategie so beliebt wie nie zuvor.

Es gibt keine „Patriotischen Peruaner gegen die Venezolanisierung des Tawantinsuyu“, wie man das vielleicht nennen könnte, die jede Woche auf den Straßen Limas gegen venezolanische Flüchtlinge Stimmung machen würden, und keine Alternative für Peru, welche mit einer ausländerfeindlichen Rhetorik die Parlamente erobern würde. Im Gegenteil, der Rechtsaußen-Kandidat Ricardo Belmont erhielt bei den Bürgermeisterwahlen in Lima nur 3,89 Prozent. Die venezolanische Flüchtlingskrise? Ist in Peru nur eine Randnotiz.

Das Recht auf Arbeit

Woran liegt das? Warum kommt das „kleine“ Peru mit der venezolanischen Flüchtlingskrise augenscheinlich besser klar als das „große“ Deutschland mit der afrikanisch-syrischen?

Zum einen liegt das an den Fakten.

Ein Venezolaner bekommt in Peru viel leichter eine Arbeitserlaubnis als ein Syrer in Deutschland. Helferorganisationen wie der bayerische Flüchtlingsrat klagen seit Jahren, dass Gesetze wie die 2+3-Regelung, die einem Flüchtling mit Ausbildungsvertrag insgesamt fünf Jahre Bleiberecht gewährt, nicht umgesetzt werden. Je nach Bundesland gleicht der Zugang zu einer Arbeitserlaubnis einem Spießrutenlauf oder einem Lottospiel.

Anders in Peru. Wer hier Asyl beantragt, bekommt bereits mit der Antragsstellung seine Arbeitserlaubnis. Noch dazu hat die Regierung den Ernst der Lage erkannt und eine „permiso temporal de permanencia“ (PTP) eingeführt, eine vorübergehende Aufenthaltserlaubnis, exklusiv für Venezolaner. Zugang zu ihr hat jeder, der bis zum 31. Oktober legal eingereist ist; ob das Programm verlängert werden wird, ist noch nicht bekannt.

Dass die „PTP“ zu beantragen ewig dauern kann und viele Migranten sich daher für das Asylrecht entscheiden, ohne ein wirkliches Recht auf Asyl zu haben? Geschenk.

Geplante Planlosigkeit

Zum anderen liegt das aber auch, wir hatten es bereits angedeutet, an der Kultur. Sicher, der kulturelle Unterschied zwischen den spanischsprechenden Venezolanern und den spanischsprechenden Peruanern mag kleiner sein als der zwischen einem Deutschen und einem Syrer. Doch das ist nicht alles.

Deutschland ist weltweit bekannt dafür, eine Kultur der „hohen Unsicherheitsvermeidung“ zu pflegen. Deutsche sind pünktlich und kommen nie zu spät; es gibt Vorschriften und Regeln bis hin zum Krümmungsgrad von Gurken (eine Regel, die deutsche Transport-Lobbyisten europaweit durchgesetzt hatten); sie planen alles, sogar ihren Urlaub; und wenn ein ursprünglich gefasster Plan scheitert, dann ist die Hölle los.

Ganz anders Peru, ein Land, das sich durch eine „niedrige Unsicherheitsvermeidung“ auszeichnet. Von „hora alemana“ spricht der Peruaner, wenn ein Treffen pünktlich stattfinden soll. Von „hora peruana“ spricht er, wenn doch wieder alle zu spät kommen. Mündliche Absprachen dienen dazu, eine Beziehung zu etablieren, sind aber nicht unbedingt als verbindlich zu betrachten. Und im Alltag regiert die „Feuerwehr-Mentalität“: anstatt planvoll zu kalkulieren, welche Aufgabe die wichtigste und dringendste ist, hechtet der Peruaner von einem Problem zum nächsten, je nachdem, wo es eben gerade „brennt“.

Peru ist auf die Flüchtlingskrise besser vorbereitet als Deutschland

Das sind Vorurteile, ohne Zweifel, aber sie haben einen wahren Kern. Und dieser Kern wird im Umgang mit den Flüchtlingen zum Trumpf. „Deutsche Gründlichkeit ist super, aber jetzt wird deutsche Flexibilität gebraucht“, sagte Angela Merkel Anfang 2016, ein Satz, den heute schon keiner mehr zu zitieren wagt. Die Peruaner wissen, was Flexibilität bedeutet. Sie sind auf ihre Flüchtlingskrise besser vorbereitet als die stets verplanten Deutschen, denn sie sind mit ihrer Mentalität in der Lage, flexibel auf neue Herausforderungen zu reagieren. Merkel hatte ihrem Land im Wahlkampf 2013 versprochen, dass es mit ihr keine großen Überraschungen geben werde. Zwei Jahre danach kam dann die große Überraschung, doch die Deutschen mögen keine Überraschungen. Diese Krise wäre zu meistern gewesen, wenn Merkel einen strukturierten Plan vorgelegt hätte und

sich mit allen Akteuren der Gesellschaft zu einem runden Tisch zusammengesetzt hätte. Aber diesen Plan gab es nicht, und wenn es keinen Plan gibt, ist wie gesagt die Hölle los in Deutschland. (siehe dazu auch <https://asyl.dillingen.de/index.php/aktuelles/396-wir-koennten-das-schaffen>)

In Peru gab es noch nie einen Plan. Die Idee, dass sich die Zukunft vorausplanen ließe, ist den Peruanern fremd: „vamos a ver“, wir schauen, was kommt. Und reagieren dann spontan auf die Herausforderungen, die sich uns stellen.

In Peru gab es auch keinen starken Staat, der versagen könnte angesichts einer nicht zu bewältigenden Krise. Durchwurschteln ist Staatsräson, und so wurschteln sich die Venezolaner eben durch auf einem schwarzen Arbeitsmarkt, der schon vorher bestand, und in einem System, das schon vorher auch mal „fünfe gerade sein“ ließ.

Was kann Deutschland also von Peru lernen? Dass es angesichts einer Krise nichts nützt, sich endlos darüber zu streiten, ob diese oder jene Entscheidung richtig oder falsch war. Dass man die Krise anpacken muss, mit Optimismus und dem Wissen, dass das Leben eben nicht planbar ist. Und dass man sich nicht wegducken sollte wie Angela Merkel angesichts der Rechtspopulisten, die immer nur dagegen sind, ohne selbst eigene Vorschläge zu machen, sondern als Präsident mit mutigen Reformen vorangeht wie Martín Vizcarra. Mit Reformen, die das Land tatsächlich braucht.

Jan Doria

(Jan Doria studiert in Tübingen Medienwissenschaft und Spanisch und verbringt ein Auslandssemester an der Katholischen Universität Perus).

7. "Damit niemand sagen kann, es sei nicht geschehen"

Viele der bekanntesten Fotos aus dem peruanischen Bürgerkrieg stammen von der deutsch-peruanischen Fotografin Vera Lentz. Hier ist ihre Geschichte'.

Es war im November 1983 in Ayacucho. Die damals 33-jährige Vera Lentz hatte die Kommunalwahlen fotografisch dokumentiert, als jemand ihr einen Zettel im Hotel zuschob: in Socos, 19 Kilometer ausserhalb, hat es ein Massaker gegeben. Ihre Journalisten-Kollegen aus Lima waren bereits abgereist, mit einem Chauffeur aus Ayacucho fuhr Vera Lentz nach Socos und machte eine ihrer bekanntesten Aufnahmen: "La novia" - die Braut. Die 15-jährige Maximiliana Zamora Quispe ganz in Schwarz hinter den Särgen ihres Vaters, ihrer Brüder, ihrer Mutter, ihrer Fast-Schwäger und ihres Fast-Ehemannes Adilberto Quispe Janampa, den sie an diesem Tag heiraten wollte, als die Truppe ehemaliger Polizisten das Dorf überfiel und alle niedermähte.

Vera Lentz ist Fotojournalistin durch und durch. Den bewaffneten Konflikt in Peru zu dokumentieren, machte sie zu ihrer Lebensaufgabe. Auf eigene Faust - d.h. ohne Rückendeckung eines Mediums - und mit dem Geld, das sie mit anderen, kommerzielleren Aufträgen verdiente, fuhr sie immer wieder in die damals rote Zone nach Ayacucho und machte Fotos von all dem Grauen, das sie dort sah - und was damals, in den 80-er Jahren, in Lima niemand sehen wollte.

Viele ihrer Fotos blieben 20 Jahre lang ungedruckt. Erst als Anfang 2001 die Wahrheitskommission ihre Arbeit aufnahm und ein Archiv mit Fotos aus der Zeit des Bürgerkrieges suchte, waren die Fotos von Vera Lentz aus den 80-er und 90-er Jahren ausgegraben und in der Fotoausstellung Yuyanapaq prominent gezeigt. Wer kennt nicht das Schwarz-Weiss-Foto der zerklüfteten Handflächen mit dem Passfoto eines Verschwundenen - es ist von Vera Lentz.

Die Fotografie wurde Vera sozusagen in die Wiege gelegt. Ihre Mutter, Hannerose Herrigel, war

nach dem Krieg von Deutschland nach Peru ausgewandert und eröffnete in Lima ein Fotostudio, zu dem die High Society Limas jahrzehntelang pilgerte. Vera Lentz wurde 1950 in Lima geboren, verbrachte aber Teile ihrer Kindheit in Deutschland und lebte als junge Frau über 10 Jahre in New York. Dort wurde sie von den sozial engagierten Fotojournalisten beeinflusst; als sie 1982 nach Peru zurückkehrte, wusste sie, dass sie den bewaffneten Konflikt in ihrer Heimat dokumentieren wollte. "Meine Mutter war nicht begeistert davon, sie meinte, das würde nichts einbringen, und sei außerdem gefährlich", erinnert sich Vera Lentz. Und es war in der Tat nicht ungefährlich. "Ich bildete immer beide Seiten ab, sowohl die Opfer von Sendero Luminoso aber auch die Opfer der Militärs. Einmal sagte mir jemand in Ayacucho, ich sollte nach Hause gehen. Beide Seiten würden meinen Kopf fordern." Vera blieb dabei, auch als ihre Tochter 1988 geboren wurde, ließ sie sich nicht abhalten. Eines der seltenen Fotos, aus denen die Fotografin selber abgebildet ist, zeigt sie bei der Arbeit mit der einjährigen Tochter im Tragerucksack.

Vera Lentz ist heute 68 Jahre alt, bringt Studierenden Fotojournalismus bei, und ist oft auf Veranstaltungen zur Erinnerung an den Bürgerkrieg in Lima anzutreffen. Auf die Frage, warum sie so viele Jahre für diese Fotos geopfert hat, warum sie so große Risiken eingegangen ist und dafür lukrativere Jobs hintangestellt hat, antwortet sie einfach: "Ich habe die Bilder gemacht, damit niemand sagen kann, es sei nicht passiert".

Anders als viele Pressefotografen, die Einmal-Fotos machen und dann verschwinden, ist Vera Lentz immer wieder zu den Schauplätzen der damaligen Gräueltaten zurückgekehrt. Besonders stolz oder "excited" wie sie in ihrem Mischmasch aus Deutsch, Englisch und Spanisch sagt, ist sie darauf, "dass ich die ganze Geschichte zusammen habe".

Manchmal ist die "ganze Geschichte" tragisch, verwirrend, traurig. So als sie im Jahr 2012, fast 30 Jahre nach dem Massaker von Socos, die "Novia" Maximiliana Zamora wieder aufsuchte. Eine Geschichte, die sie nie losgelassen hatte. Sie fand die damalige Braut im Gefängnis von Ayacucho, wo sie als Drogenkurierin eine Gefängnisstrafe verbüßte.

Für den Dokumentarfilm "Volver a ver" der peruanischen Regisseurin Judith Vélez, ist Vera Lentz mit dieser nach Socos zurückgekehrt und hat die Portraitierten von damals erneut ihre Geschichten erzählen lassen.

Die ganze Geschichte des peruanischen bewaffneten Konflikts gesehen durch die Kamera von Vera Lentz harrt dagegen immer noch der Veröffentlichung.

Hildegard Willer

8. Bitter für die Frauen: Kommunal- und Regionalwahlen in Peru

Die Ergebnisse der Kommunalwahlen zeigen, wie fragmentiert die Parteien in Peru sind - und wie wenig die Frauen dabei zu sagen haben.

Am 7. Oktober 2018 standen 25 Regionalpräsidenten, 25 Vize-Regionalpräsidenten, 196 Provinzbürgermeister, 1.764 Provinzgemeinderäte, 5.164 Distriktbürgermeister und 80.940 Distriktgemeinderäte zur Wahl. In der Hauptstadt Lima kommt der/dem Provinzbürgermeister*in die größte Bedeutung zu. Stimmberechtigt sind dort 7.284.000 Personen. Die Regentschaft der gewählten Amtsträger beginnt am 01. Januar 2018. Auf der Seite der ONPE (Oficina Nacional de Procesos Electorales) lassen sich alle Ergebnisse im Detail erkunden:

<https://resultados.onpe.gob.pe/EleccionesRegionales/ReGobVic>

Lima wehrt Populisten ab

Zum neuen Bürgermeister der Provinz Lima wurde Jorge Vicente Martín Muñoz Wells von Acción Popular gewählt. Damit gewinnt ein vergleichsweise gemäßigter konservativer Kandidat, der bislang schon zwei Perioden als Bürgermeister die Geschicke des Distrikts Miraflores gelenkt hatte. Miraflores ist ein traditionelles Viertel der Mittel- und Oberschicht Limas. In einigen gesellschaftlichen Interessensbereichen hat er sich jedoch als Zivilgesellschafter mit durchaus modernen liberalen Ansichten gezeigt. Ende 2015 verließ er die Partei Somos Peru, um sich Acción Popular anzuschließen. Als in Miraflores aufgewachsener „Pituco“ nimmt er Lima und Peru bisher aus der Sicht eines weißen privilegierten Mirafloresinors wahr, der sich allerdings nicht die Scheuklappen der „derecha bruta“ (dumme Rechte) aufgesetzt hat. Mit vielen Kulturen in Lima und den Anden hat er wenig bis keine Erfahrung und es wird sich zeigen, wie weit er in der Lage ist, die unterschiedlichsten Interessensgruppen, Szenen und Kulturen des Schmelztiegels Lima in seine Regierungsarbeit mit einzubeziehen.

Lange Zeit zählte er nicht zu den aussichtsreichen Kandidaten bei diesen Wahlen. Doch mit schwindelerregender Geschwindigkeit schoss er innerhalb von zwei Wochen in der Wählergunst nach oben. Mit ihm erlebt die 1956 von Fernando Belaunde Terry gegründete, stark auf die USA ausgerichtete, konservativ-technokratische Partei "Acción Popular" ihre politische Wiederauferstehung. Nach der letzten Präsidentschaft Belaúndes bis 1985 verlor die Partei rasch an Bedeutung. Nun, nach 38 Jahren, gelingt ihr es wieder, in großem Umfang in Lima und in nennenswerter Zahl anderen Regionen Perus, Bürgermeister und Gemeinderäte zu stellen. Bemerkenswert modern: Der junge Kandidat von Acción Popular, Manuel Siccha, ein Aktivist der LGTBI-Bewegung, wird das erste Gemeinderatsmitglied in Lima sein, dass sich offen zu seiner sexuellen Diversität bekennt.

Mit der Wahl von Muñoz haben sich erst einmal die moderneren Mittelschichten Limas gegen den autoritären Populismus der „derecha bruta“ durchgesetzt, die sich im Wahlkampf besonders durch frauen- und genderfeindliche, rassistische und xenophobe Ausfälle hervorgetan und für mehr polizeiliche oder gar militärische Repression im Kampf gegen Kriminalität ausgesprochen hatten.

Der dreimalige und bisherige Bürgermeister Limas, Luis Castañeda Lossio, ist mit dem Versuch gescheitert, eine Familiendynastie zu etablieren. Er hat seinen Sohn gleichen Nachnamens ins Rennen geschickt, der es gerade eben auf ca. 2,6% gebracht hat. Seine Partei Solidaridad Nacional hat bis auf 2 alle 18 Distriktbürgermeisterämter verloren, die sie 2014 in Lima noch gewinnen konnte. Verstrickt in Korruption und Vetternwirtschaft machte er zuletzt vor allem durch nicht durchgeführte Projekte und präpotentes Auftreten von sich reden. Seine große Popularität aus der ersten Amtsperiode wich einer großen Enttäuschung während der Zweiten.

Lange Zeit hatten sich Daniel Urresti von Podemos Peru und Renzo Reggiardo von Peru Patria Segura ein Kopf-an-Kopf-Rennen geliefert. Daniel Urresti ist ein umstrittener Ex-Militär, der mit großem Abstand hinter dem unerwarteten Sieger Muñoz auf Platz zwei gelandet ist. Urresti, alias „Capitán Arturo“, wurde wenige Tage vor der Wahl durch ein fragwürdiges erstinstanzliches Urteil vom Mord an dem Journalisten der Zeitschrift Caretas, Hugo Bustíos Saavedra, 1988 in der Terrorzeit, freigesprochen. Neben der Revision liegt auch eine Anklage wegen Vergewaltigung einer wichtigen Zeugin durch Urresti vor. Er soll der geistige Autor der Exekution von Bustíos durch ein Todeskommando der Armee sein soll. Anders als in der Öffentlichkeit zunächst angenommen, hat ihm das Gerichtsverfahren trotz des Freispruchs eher geschadet. Die in den Medien öffentlich vorgetragene schwerwiegende Anschuldigung und der Freispruch durch eine Justiz, die inzwischen jeder für käuflich hält, haben seinen Aufstieg in den Umfragen gestoppt.

Fuerza Popular von Keiko Fujimori, aktuell mit der parlamentarischen Mehrheit ausgestattet, hat ein dramatisches Debakel erlebt. Ihr Kandidat für Lima, Diethell Columbus, kam auf 2% und

belegte damit den 12. Platz. Die Partei kann landesweit keine einzige Regionalregierung und lediglich ein einziges Provinzbürgermeisteramt stellen. In Lima war der Fujimorismo nie mehrheitsfähig, der Rückhalt kam immer aus anderen, insbesondere ländlichen Regionen und Provinzen. Diesmal nicht. Neben systematischer Protektion und Verdeckung von Verschleierung von Korruption stand Fuerza Popular seit geraumer Zeit für familiäre Selbstzerfleischung und eine destruktive Blockadepolitik, die ein verlässliches und vorausschauendes Regieren seitens der Minderheitsregierung von Martin Vizcarra systematisch behinderte. Keikos Beliebtheitswerte waren zuletzt auf 11% gefallen. Diese krachende Wahlniederlage bedeutet allerdings weder das Ende des Fujimorismus, noch bewahrt sie das Land vor einem Neuaufstieg, wenn die nächsten Präsidentschaftswahlen 2021 anstehen oder die aktuelle Regierung vorzeitig scheidet.

Großer Verlierer ist ebenfalls die APRA, die älteste nationaldemokratische Partei Perus. Die Partei, die seit Jahren wegen interner Zerwürfnisse zerfällt und gegen deren ehemaligen Parteivorsitzenden und zweimaligen peruanischen Präsidenten Alan Garcia zahlreiche Verfahren wegen Korruption anhängig sind, konnte nicht einmal einen Kandidaten für die Provinz Lima aufstellen. Landesweit hat sie kaum mehr Bedeutung und ihre historischen Hochburgen im Norden Perus hat sie allesamt verloren. Während der Amtszeit von PPK und nun Vizcarra ist die Apra ein De-facto-Bündnis mit Fuerza Popular zum gegenseitigen Schutz vor juristischer Verfolgung ihrer zahlreichen Angeklagten und Deckung von Korruption eingegangen. Daher rührt der häufig verwendete Ausdruck „aprofujimorismo“ oder „fujiaprismo“.

Praktisch verschwunden ist die Partei PPK des ehemaligen Präsidenten Kuczynski. Der aktuelle Präsident Vizcarra regiert, ohne Mitglied zu sein, mit Unterstützung der Parlamentarier der PPK, die noch im Kongress verbleiben. Nach dieser Wahl soll die Partei, die nach den Anfangsbuchstaben von Pedro Pablo Kuczynski benannt wurde, einen neuen Namen bekommen.

Regionale Wahlbündnisse gewinnen außerhalb von Lima

Außerhalb Limas sind regionale Bündnisse die eindeutigen Gewinner. Sie haben sich meist ausschließlich für die Wahlen um einzelne regional oder lokal bekannte Persönlichkeiten, Familienclans, Mafia- und/oder lokale Unternehmensgruppen herum gebildet. Es sind politisch ziemlich fragile Gebilde, die sicherlich in ihrer Ausgangskonstellation nicht lange überleben werden. Sie dienen den lokalen und regionalen Interessengruppen in erster Linie dazu, Zugriff auf die Geldtöpfe und Entscheidungsstrukturen zu bekommen. Ihre Programme sind lediglich dazu aufgestellt worden, wie bei den meisten Einzelparteien und Kandidaten in Lima auch, den Anforderungen des Wahlrechts zu genügen. Einige der regionalen Bündnisse sind auch aus lokalen Konflikten heraus entstanden, die häufig gegen die Zentralmacht Lima ausgetragen werden müssen. Die Ergebnisse stellen einen deutlichen Abgesang auf den traditionellen zentralistischen Verwaltungs- und Machapparat Limas und die traditionellen und mittlerweile historisch überholten Parteien dar.

Für Frauen ist das Ergebnis bitter. Obwohl sie mehr als die Hälfte der Last auf ihren Schultern tragen und oftmals in ökologischen, sozialen und politischen Bewegungen die treibende Kraft sind, bleiben sie von den Bürgermeisterämtern und Regionalregierungen praktisch ausgeschlossen. Noch nie wurden in den letzten Jahrzehnten so wenig Frauen in die Wahllisten der Parteien und Bündnisse aufgenommen. Im Bereich der Gemeinderäte sieht das Resultat etwas anders aus, da dort eine gesetzliche Frauenquote von 30% gilt. Von den 196 künftigen Provinzbürgermeistern werden gerade einmal 19 Bürgermeisterinnen sein!!

Schlechtes Abschneiden linker Parteien

Für uns als politisch links ausgerichtete Menschen sind die Ergebnisse der beiden linken Bündnisse Frente Amplio und Juntos por el Perú / Nuevo Perú besorgniserregend. Die Linke konnten ihre

guten Ergebnisse der Parlamentswahlen von 2016, damals noch gemeinsam als Frente Amplio angetreten, nicht wiederholen und mussten eine bittere Niederlage einstecken. In der Provinz Lima kam der Kandidat vom Frente Amplio, Enrique Fernández, auf 1,54% , während Gustavo Guerra García von Juntos por el Perú gerade einmal 0,76% der Stimmen auf sich vereinigen konnte. Beide Gruppen können weder auf Provinzial- noch Distriktebene in Lima Bürgermeister stellen. Und dies, nachdem 2011 bis 2014 ein liberales Mitte-Links-Bündnis mit Susana Villarán die erste weibliche und feministische Bürgermeisterin Limas regiert hatte (auch gegen sie gab es Vorwürfe: <http://www.infostelle-peru.de/web/neue-entwicklungen-im-korruptionssumpf/>). Auch landesweit sind die Wahlhochburgen weitestgehend verloren gegangen. Immerhin ist es dem Frente Amplio unter großen Anstrengungen gelungen, landesweit Kandidat*innen aufzustellen und kommunal einige Erfolge zu erzielen. Soweit bekannt, stellen sie in den Distrikten neben mehreren Gemeinderät*innen 28 Bürgermeister und auf Provinzebene zwei. Drei ihrer Bürgermeister/innen sind Frauen. Die meisten erfolgreichen Kandidat*innen kommen aus den südlichen Andenregionen wie Apurímac, Puno und Cuzco.

In der Region Cajamarca, in den nördlichen Anden liegend, muss sich das Bündnis MAS des zweimaligen linken Regionalpräsidenten Gregorio Santos, alias „Goyo“, mit dem dritten Platz begnügen. Dort fanden seit vielen Jahren Kämpfe gegen das Bergbauunternehmen Yanacocha und dessen Conga-Mine statt. Cajamarca ist auch die Wiege der Partei Tierra y Libertad, der führenden politische Kraft innerhalb des Frente Amplio. Das Bündnis, das in Konkurrenz zur MAS kandidierte, erreichte etwas über 3%. In Cajamarca – wie in 15 von 25 Regionen Perus – werden am 9. Dezember

Stichwahlen zum Regionalpräsidenten notwendig, da der erstplatzierte Kandidat nicht die notwendigen 30% der gültigen Stimmen erringen konnte.

In den südlichen Anden, in denen die damalige Präsidentschaftskandidatin des Frente Amplio, Verónica Mendoza, eine große Popularität erreicht hatte und wo ebenfalls bedeutende Kämpfe gegen Minengesellschaften geführt wurden, haben drei verschiedene Regionalbündnisse gewonnen. Dabei scheiden sich die Geister darüber, ob es sich bei den drei charismatischen Kandidaten um Linke oder eher radikale Populisten handelt, was sich in Peru und Lateinamerika nicht immer so klar trennen lässt.

Walter Aduviri, ein Aymara vom Regionalbündnis Movimiento de Integración por el Desarrollo Regional (Mi Casita), wird in Puno Regionalpräsident. Jahrelang hat er sich mit der betroffenen Bevölkerung gegen die Aktivitäten einer kanadischen Mine gewehrt und wurde zu einem bekannten Führer der regionalen sozial-ökologischen Bewegung. Wegen des „Aymarazo“ 2011, einem Aufstand, bei dem sechs Protestierende durch Polizei und Armee getötet wurden, wurde er zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt. Er kandidierte aus dem Untergrund heraus und wurde kurz vor seinem Wahlsieg freigesprochen. Aduviri ist durchaus umstritten, weil er zwar die großen Minengesellschaften bekämpft, gleichzeitig aber den informellen und illegalen Kleinbergbau verteidigt, der ebenfalls verheerende Umweltschäden anrichtet.

Andreas Baumgart

9. Aus dem Fenster - aus dem Sinn! Müll in Peru

„Ziemlich viel Müll hier auf den Straßen...“, bemerke ich nebensächlich. Mein Taxifahrer nickt. Eben erst hat er von einem Teil meines Fahrgeldes aus dem Wagen heraus von einem Straßenverkäufer einen dieser Duftbäume mit Zitronenaroma gekauft, die man sich an den Rückspiegel hängt. Während er mir antwortet, schält er den Baum aus der Plastikverpackung: „Das

kannst Du laut sagen. Nur im Zentrum ist es sauber, da haben die Stadtverwaltungen genügend Gelder um mehrmals am Tag eine Putzkolonnen durch die Straßen zu schicken. Hier in den Randbezirken kommen sie höchstens einmal am Tag. Klar, dass die es nicht schaffen alles aufzusammeln.“ Während er mir das erzählt wirft er, ohne es zu hinterfragen, die Verpackung besagten Duftbaumes aus dem Fenster. Meinen ziemlich verdutzten Blick scheint er nicht zu verstehen.

Oben beschriebene Szene ist alltäglich auf den Straßen der Zehn-Millionen Metropole Lima. Hier ist es der Taxi-Fahrer, der seinen Müll zum Autofenster hinauswirft, dort das kleine Mädchen, das es ihm mit ihrem Bonbonpapier gleich tut. Es ist nahezu unmöglich, in Peru einzukaufen, ohne dabei Müll zu produzieren. Auf den Märkten bekommt gefühlt jeder Apfel seine eigene Tüte und in den Supermärkten sind Leute extra dafür angestellt, die Einkäufe nach dem Scannen in Plastiktüten zu verstauen. Da ist es tatsächlich eine Mühe, nicht aus Versehen hier und dort das eine oder andere Kilogramm Müll zu produzieren; denn oft alles bereits eingepackt, bevor man die Tüten ablehnen kann. Auch die tausenden von Plastikflaschen, die oft neben dem Abfalleimer landen und bis in die Peripherien der Stadt getragen werden, tragen wenig zur Sauberkeit bei. Die Pazifikküste, an der Lima liegt, ist davon nicht ausgenommen. Dort türmen sich teilweise Müllberge auf; am Stand muss man aufpassen, nicht in Zigarettenstummel oder sogar Glasscherben zu treten.

Die Müllsituation in Lima ist dramatisch, jährlich produziert die gesamte peruanische Bevölkerung schätzungsweise 18.000 Tonnen Müll, 8.500 davon gehen allein auf die Hauptstadt zurück. Bis 2025, schätzt die Weltbank, wird sich die Zahl voraussichtlich 36 tausend Tonnen verdoppeln. Das Problem daran: In Peru werden nur etwa 15% der Abfälle recycelt, der Rest landet auf riesigen improvisierten Müllhalden, von denen viele nur mangelhaft darauf ausgelegt sind, entstehende Schadstoffe in Luft und Boden zu verhindern. Die ersten Stadtverwaltungen und Kommunen sind bereits aktiv geworden, indem sie große Mülldeponien – gewaltige Erdlöcher – ausheben, in denen der produzierte Müll gelagert werden kann. Diese nur temporäre Lösung hat wenigstens den Vorteil, die Belastung des Bodens dabei minimiert wird (mittels einer Membran wird das Versickern in den Boden verhindert. Langfristig müssen dennoch bessere Lösungen her, denn den Müll nur zu verstecken ist keine Lösung.

Der Staat Peru hat 2016 mit dem „Plan Nacional de Gestión Integral de Residuos Sólidos“ einen acht-Jahres-Plan entworfen, der neben einer Evaluation des Status quo auch konkret wird. Das Strategie-Paper des Umweltministeriums geht von Bewusstseins-schaffung und Prävention über Recycling und Forschung bis hin zu einem Partizipationskonzept für Bürger. Erst am 05.11. diesen Jahres hat die peruanische Regierung ein Dekret veröffentlicht, welches den verantwortungsvollen Umgang mit Plastikmüll bewirbt; damit ist ein erster rechtlicher Schritt gegen die Verwendung von Plastiktüten gegangen.

Neben den staatlichen Aktivitäten formieren sich die zivilen Akteure. So ist in den vergangenen Jahren ein Netzwerk aus NGOs und Umwelt-Unternehmen entstanden, welches gemeinsame Aktionen plant, um an Straßen, in Parks und auf Stränden aufzuräumen und Bewusstsein in der peruanischen Bevölkerung zu schaffen.

Eines dieser Unternehmen ist B-Green-Peru. Das Consulting Unternehmen hat sich auf „Green Marketing“ spezialisiert und berät Unternehmen, Universitäten und andere Institutionen in Sachen Umweltschutz, Nachhaltigkeit, Mobilität, etc. Gemeinsam mit der NGO L.O.O.P. (Life out of Plastic) ist B-Green Peru Organisator zahlreicher Müllsammelaktionen in Peru. Seit Anfang 2017 konnten bereits 14 Aktionen realisiert werden, von denen die größte die im vergangenen September war.

Anlässlich des International-Coastal-Cleanup-Day trafen sich mehr als dreißig peruanische

Institutionen an einem Stück Strand nördlich von Lima, um einen Nachmittag lang gestrandeten und weggeworfenen Müll zu sammeln. Unterstützt wurde die Aktion von Toyota-Peru, einer peruanischen Supermarktkette und weiteren Unternehmen, die neben finanzieller Unterstützung mit freiwilligen Mitarbeitern zur Hilfe kamen.

Durch insgesamt 550 Freiwillige kamen innerhalb von nur zwei Stunden insgesamt 19 Tonnen Abfall zusammen; von Plastikflaschen, Verpackungen und Zigarettenstummeln bis hin zu Netzen und sonstigen Fischereiabfällen. Sämtliche Abfälle wurden sortiert und nach Möglichkeit fachgerecht entsorgt. Die nächste große Müllsammel-Aktion ist bereits für Ende März kommenden Jahres geplant.

Es bewegt sich also etwas. Vor allem in den letzten Jahren haben sich Netzwerke und Institutionen zusammengetan, die sich speziell dem Müllproblem Perus widmen: Plastic-Free-Perú, Life-out-of-Plastic, B-Green-Perú, HazlaportuPlaya und BasuraCero-Perú, um nur ein paar zu erwähnen. Eine Welle der Bewusstseinsbildung geht langsam aber stetig durch die peruanische Bevölkerung; und vor allem an Schulen und Universitäten wird versucht, ein Bewusstsein für den Umgang mit der Natur zu schaffen.

Leon Meyer zu Ermgassen

Quellen: <http://www.wwf.org.pe/?uNewsID=328101> (18.11.2018), <http://b-green.pe/> (18.11.2018).

10. ILO 169 - Umsetzung mangelhaft

Vor 8 Jahren kündigte ein frisch gewählter Präsident Ollanta Humala die Anwendung des ILO-Abkommens 169 zum Schutz der indigenen Völker an. Ein Bericht der Nationalen Menschenrechtskoordination bescheinigt nun eine mangelhafte Umsetzung.

Die ILO 169 ist ein Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) über indigene Völker und die einzige internationale Norm, die den indigenen Völkern rechtsverbindlichen Schutz und Anspruch auf eine Vielzahl von Grundrechten garantiert. Sie trat im September 1991 in Kraft. Peru hat die ILO 169 im Jahr 1994 ratifiziert – Deutschland bis heute nicht.

Nun hat die Arbeitsgruppe „Indigene Völker“ der peruanischen Menschenrechtsorganisation Coordinadora Nacional de Derechos Humanos (CNDDHH) einer Expertenkommission der ILO den „Alternativen Bericht 2018 über die Umsetzung der ILO 169 in Peru“ vorgelegt – mit ernüchternden Befunden:

Kriminalisierung der Proteste

Unter dem Vorwand der Bekämpfung der organisierten Kriminalität wurden Gesetzesänderungen beschlossen, die Grundrechte wie die Unversehrtheit der Person und die Meinungsfreiheit verletzen. Von 1995 bis 2018 schloss die Nationalpolizei 145 Vereinbarungen mit Bergbauunternehmen über besondere Polizeidienstleistungen ab, um die Unternehmensinteressen zu schützen.

Seit Anfang 2017 wurde zwanzigmal der Ausnahmezustand ausgerufen oder verlängert, um soziale Konflikte einzudämmen.

Gesundheit

Neue Krankheiten und Todesfälle hängen ursächlich mit der Verschmutzung von Flüssen und Wasserquellen zusammen. Viele Indigene, deren Gesundheit durch Schwermetalle beeinträchtigt ist, haben keine ausreichende medizinische Versorgung in erreichbarer Nähe. Die Umwelteinflüsse durch Minentätigkeit und die Gewinnung fossiler Brennstoffe sind die Hauptursache für gesundheitliche Probleme.

Einschränkung der Landrechte

Seit 2013 wurden Regelungen zur Förderung von Investitionen getroffen, die den Schutz der Rechte der Indigenen, insbesondere deren Landrechte, aushöhlen.

Vorabkonsultation

Seit sieben Jahren ist das Gesetz zur Vorabkonsultation (Ley 29785, Ley de Consulta Previa) in Kraft. Dennoch wurden seither wichtige Entscheidungen, die indigene Rechte beeinflussen, ohne Vorabkonsultation getroffen, wie etwa Regelungen zu Landbesitz und Sanierungsprogramme. Ebenso wenig wurden Sozialprogramme einbezogen, die oft mit sehr assistenzialistischem Ansatz in kleinbäuerlichen und indigenen Gemeinden umgesetzt werden. Weiterhin besteht ein großes Ungleichgewicht im Informations- und Wissensstand zwischen indigenen Völkern und dem Staat. Vereinbarungen, die in Konsultationsprozessen getroffen werden, werden so gut wie nie umgesetzt.

Isoliert lebende Völker

Die Umwandlung von territorialen in indigene Schutzgebiete schwächt den Schutz der isoliert lebenden Völker, indem sie die Besiedelung, das Eindringen von fremden Akteuren und (legale wie illegale) wirtschaftliche Aktivitäten fördert.

Registrierung und Anerkennung

Es gibt keine Koordination zur Aktualisierung des Registers der indigenen Völker und Gemeinden. Die Informationen sind unzureichend. Nur das Vizeministerium für Interkulturalität kann indigene Völker anerkennen. Es geht dabei sehr restriktiv vor, obwohl kleinbäuerliche und indigene Gemeinden ein Recht darauf haben, in ihrer Rechtsform anerkannt zu werden. In Peru hat die Bevölkerung des Andenhochlands praktisch keine Möglichkeit, im Sinne der ILO 169 als „indigene Bevölkerung“ anerkannt und somit vorab konsultiert zu werden.

Politische Partizipation

Das Wahlrecht leistet dem Verlust traditioneller Organisationsformen Vorschub, weil es den Anschluss an politische Parteien erfordert. Eine solche Anpassung ist umstritten, da politische Parteien keine den Indigenen eigene Organisationsform sind. Dazu kommt, dass sich die politischen Parteien in einer Glaubwürdigkeitskrise befinden.

Volkszählung der Indigenen

Die Volkszählung 2017 hatte erhebliche Mängel in der Konzeption und Durchführung. Deshalb muss der Staat vorsichtig im Umgang mit den Ergebnissen sein und vor Interventionen in indigenen Territorien weitere Quellen und Studien zu Rate ziehen.

Bildung

Das Recht auf zweisprachige und interkulturelle Bildung wurde vor allem dadurch verletzt, dass der hierfür vorgesehene Haushaltsposten 2018 um mehr als 50% gekürzt wurde. Wie die Defensoría del Pueblo (Ombudsstelle) berichtet, wurde dadurch die staatliche Bildungspolitik für indigene Völker, die in den Jahren zuvor bedeutsame Fortschritte gemacht hat, erheblich geschwächt.

Der Bericht unterstreicht die Bedeutung des Rechts auf Bildung, das im Artikel 26 der ILO 169 verankert ist: Er verpflichtet zu geeigneten Maßnahmen, um allen den Zugang zum Bildungssystem auf allen Ebenen zu garantieren.

Frauen

Ein weiteres wichtiges Thema: indigene Frauen und ihr Recht auf politische Partizipation, auf Bildung, auf Gesundheit und auf Arbeit, ebenso wie das Thema geschlechtsspezifische Gewalt. Die Kommission bitte die Regierung um Informationen über Maßnahmen, die den indigenen Frauen Zugang zu Bildung, zum Arbeitsmarkt und zu Landeigentum, sowie zu den Prozessen der Vorabkonsultation garantieren.

Der komplette Alternative Bericht zur ILO 169 ist zu lesen unter:

<https://ia601503.us.archive.org/26/items/InformeAlternativo20180/Informe%20Alternativo%202018%20%280%29.pdf>

Quelle:

<https://www.servindi.org/actualidad-noticias/01/11/2018/informe-alternativo-oit-la-criminalizacion-de-la-protesta-afecta-los>

11. Lange Schatten der Missionierung

Sozialwissenschaftler*innen und Angehörige sozialer Berufe auch im kirchlichen Bereich sollen sich mehr um die Rechte indigener Völker kümmern. Das fordert der Ethnologe Thomas Moore in mehreren Interviews.

Nun, diese Forderung ist nicht neu, Thomas Moore stützt sie aber mit Schlussfolgerungen aus seiner jahrelangen Begleitung der indigenen Bevölkerung, speziell in Madre de Dios im südlichen Regenwald Perus.

Dort richtet er den Blick insbesondere auf die Missionsarbeit des Dominikaner-Ordens und kritisiert sie heftig. Er meint, dass die Missionarstätigkeit dazu beigetragen hat und noch beiträgt, dass die Indigenen ihre Kultur aufgeben und ihre Sprache vergessen (sollen), indem z.B. in der Missionsschule ausschließlich auf Spanisch unterrichtet wird. Eine Begründung für diese Praxis sieht er unter anderem in den noch vorhandenen Denkmustern aus der Zeit der Franco-Diktatur, in der die Missionare in Spanien ausgebildet worden waren.

So billigt beispielsweise der italienischstämmige Gemeindepfarrer Miguel Piovesan zwar den illegalen Goldabbau in der Region nicht direkt, kooperiert aber durchaus mit fragwürdigen Holzfirmen, die ihrerseits die Kirche unterstützen, und er setzt sich für den Straßenbau im Regenwald ein. Umweltschützern hält er entgegen, dass die Straße der Bevölkerung Verkaufsmöglichkeiten eröffne.

In den 80-er Jahren hätten die Dominikaner versucht, die Selbstorganisation der Indigenen zu hintertreiben, als diese sich gegen die (Zwangs)arbeit in ihrer missionseigenen Goldmine Shintuya wehren wollten und die indigene FENAMAD (Federación Nativa del Rio Madre de Dios y Afluentes) gründeten. Ein Beispiel dafür: die einzige Tankstelle im Alto Manú gehörte Pater Iraízoz; der verkaufte schlicht kein Benzin, als 1982 der Gründungskongress anstand; im Missionsradio wurden Infos nicht durchgelassen, sondern blockiert. Wenn im Vorfeld der Verbandsgründung Versammlungen stattfanden, bestellten die Dominikaner die Männer zur Arbeit in der missionseigenen Sägewerkstatt ein, um sie an einer Teilnahme zu hindern.

Nach der Verbandsgründung zog mehr Offenheit in die Missionszentrale ein. Pater Torrealba ließ im Sender auch die Indigenen zu Wort kommen. Fast ein Vierteljahrhundert später, 2016, beförderten ein neuer Präsident der FENAMAD, Julio Cusurichi, und der Bischof der Region, Daniel Martinez, deutlichere Veränderungen. Unter anderem vereinbarten sie, dass das Katholische Hilfswerk Caritas in den indigenen Dorfgemeinschaften nur solche Arbeiten oder Projekte durchführt, die FENAMAD zuvor befürwortet hat.

FENAMAD wiederum schätzt Menschen wie Thomas Moore, die sie bei der Formulierung und Durchsetzung ihrer Belange unterstützen. In Madre de Dios, wo illegale Goldförderung großflächig Wald vernichtet, Flüsse vergiftet, also Mensch und Natur massiv schädigt, sind die

Selbstorganisationen der indigenen Dorfgemeinschaften besonders wichtig, um ihre Verteidigung zu organisieren und überhaupt Gehör zu finden.

Als Beispiel für lohnende, nachhaltige Unterstützung der Selbstorganisationen durch Sozialwissenschaftler verweist Moore auf den nördlichen peruanischen Regenwald. Dort machen beispielsweise die Wampi inzwischen ihren Frieden mit den Siedlern. Die Siedler, die teils schon viele Jahre in der Region leben, müssen lediglich akzeptieren, dass sie in indigenem Territorium leben. Das heißt, alles, was sich nicht ein solcher Siedler angeeignet hat, bleibt Territorium der Wampi. Das Landwirtschaftsministerium stellt keine weiteren Landtitel für Parzellen an Siedler aus, das Territorium der Wampi wird nicht weiter zerstört.

In Hinblick auf die Amazonassynode der Katholischen Kirche (Oktober 2019 in Rom) stellt sich die Frage nach einer positiven Rolle der Sozialwissenschaften und sozialen Berufe noch einmal aus einer anderen Perspektive. Lassen die Missionen ihre Adressaten aus den langen Schatten der Obhut treten und gehen sie an der Seite der indigenen Völker?

Heinz Schulze

*(Aus: Servindi, Lima, 2. und 3. 3.2018, Dokumenten von FENAMAD und privaten Quellen;
<https://www.survivalinternational.de/nachrichten/11530>)*

12. Stress mit dem "Sieben-Farben-Berg"

Eine neue Touristenattraktion in Cusco schürt Konflikte in den Dörfern.

Der „Sieben-Farben-Berg“ Vinicunca liegt ungefähr zwei Autostunden von Cusco entfernt in der Provinz Canchis. Das Naturspektakel des in allen Farben schillernden Berges ist ein Produkt des Klimawandels; Anwohner berichten, der Berg sei früher von Schnee bedeckt gewesen. Innerhalb weniger Jahre hat es der nun freigelegte Vinicunca-Berg geschafft, Machu Picchu als Touristen-Attraktion in Cusco Konkurrenz zu machen. Das Foto vom Sieben-Farben-Berg hat es schon in die Tourismus-Werbung von ALDI geschafft.

Leider schürt der Tourismus auch neue Konflikte.

Die Touristen können zu Fuß über die Dorfgemeinschaften Pampachiri und Chillihuasi auf den Berg gelangen. Beide gehören zu unterschiedlichen Provinzen.

Die Auseinandersetzung, wer wieviel vom Eintrittsgeld bekommt, verlief alles andere als friedlich. Am 14. September 2018 lieferten sich rund 300 Beteiligte eine blutige Auseinandersetzung. Es gab 15 Verletzte, fünf mussten schwer verletzt, in das Krankenhaus von Sicuani eingeliefert werden.

Weil es interessant ist, zu wissen, um wieviel Geld es geht, habe ich in Peru nachgefragt:

Der Eintritt zum Sieben-Farben-Berg beträgt für PeruanerInnen fünf Soles, für AusländerInnen zehn Soles. Pro Tag wollen wohl ca. 1.000 Menschen dieses Naturwunder erwandern. Bei einem durchschnittlichen Eintrittspreis von sieben Soles wären das 7.000 Soles pro Tag, also ca. 1.820 Euro.

Bei 250 Besuchertagen pro Jahr und ca. 600 Touristen pro Tag und sieben Soles pro Tag wären das über eine Million Soles, also 272.000 € pro Jahr. Das ist viel Geld.

Aktuell sieht es so aus, dass die Provinzverwaltung der anderen Provinz, Cusipata, eine Fahrstraße zum Berg baute, einen kürzeren Wanderweg, dort eine Aussichtsplattform und ein Kunsthandwerks-Laden. Dafür haben sie Mittel aus dem staatlichen Programm für nachhaltige Entwicklung bekommen.

Der Direktor des Regionalbüros für Außenhandel und Tourismus (Cusco) ist begeistert über dieses Projekt für die Region.

Schön wäre es, wenn auch die Verteilung der Einnahmen unter den Anwohner-Dorfgemeinschaft gerecht zwischen diesen aufgeteilt würde.

Heinz Schulze

Quellen: El Comercio 30.09.2018, Gobierno Cusco 16.09.2018, Servindi 17.09.2018 sowie eigene Recherchen in Peru

13. Indigene Dorf-Chefinnen im Kommen

Nicht alle indigenen Dorfgemeinschaften werden von Frauen geleitet – aber doch einige bei den Yine im südlichen Amazonas-Regenwald Perus.

Bei der Volkszählung im Jahr 2012 waren gab es noch weniger als 2% der indigenen Dorfgemeinschaften eine Frau als Vertreterin an. In der Region Madre de Dios im südlichen Regenwald Perus hatten drei von 36 indigenen Dörfern eine Dorfchefin. In den Jahren 2017/2018 wurden es zehn Dörfer, die von Frauen vertreten werden.

In der Yine-Dorfsgemeinschaft Isla de los Valles im Gebiet des Manú-Nationalparks sind es insgesamt gleich sechs Frauen, die im Dorfrat, der „junta directiva“ Verantwortung übernommen haben.

Stephany Cademillas vom Peru-weiten indigenen Frauennetzwerk ONAMIAP (Organización Nacional de Mujeres Indígenas Andinas y Amazónicas del Peru) beschreibt, wie es dazu kommen konnte. Sie sieht, dass die Unterstützung durch eine Nichtregierungsorganisation wichtig war, die mit diesem Netzwerk (Anden und Regenwald) zusammenarbeitet. Dadurch wurden die Frauen in den lokalen Seminaren befähigt, eigene Fragen zu stellen: Was sind unsere eigenen Pläne als Familien im Dorf und zur Verteidigung des Regenwaldes?

Die Präsidentin von ONAMIAP, Marcela López, sieht einen Grund für die geringe Beteiligung indigener Frauen in ihrem Dorf in der übergroßen Belastung der häuslichen Arbeit, fehlende Unterstützung durch ihre Männer und Söhne und insgesamt in der machistischen Vorstellung, dass die Männer über den Frauen stehen. Für ONAMIAP ist es wichtig, dass die Frauen in „gemischten Gruppen“ mitreden und mitentscheiden können, nicht nur in eigenen Frauenkomitees.

Praxisnah befähigt, können sie jetzt mitentscheiden, weil sie ihre Rechte kennen und eigene Vorstellungen über den Erhalt des Regenwaldes und nachhaltige Nutzung haben.

Eine nachhaltige Nutzung schließt die Abholzung zum Beispiel für den illegalen Goldabbau mittels Quecksilber aus. Eine echte nachhaltige Nutzung ist dagegen das Sammeln und der Verkauf von Paranüssen, die ja nur im intakten Regenwald wachsen.

Die jetzige Dorfchefin von Isla de los Valles, Nancy Saavedra Lizardo (36 Jahre), berichtet: „Das Ganze war nicht einfach. Als ich 2017 gewählt wurde, wusste ich nicht, was die Aufgaben eines Dorfchefs waren. Deshalb habe ich mit den Dorfchefinnen von Mazonawa und Diamante gesprochen. Ich war bei den ersten Treffen sehr schweigsam. Es war auch so, dass wir Frauen bei solchen Seminaren dabei sind. Aber das war meistens in der Kommission „Essen kochen“. Das habe ich mit den Frauen besprochen. Wir haben dann abgeklärt, dass die Frauen, die kein Interesse an „so theoretischen Dingen“ hatten, sich mehr um den Küchendienst kümmern, damit die anderen aktiv am Seminar teilnehmen können. Anfangs sagte mein Mann auch, dass ich nicht zu solchen Treffen gehen soll, da würde ich andere Männer treffen und mich ändern... Aber er änderte sich, jetzt unterstützt er mich. Jetzt passt er zuhause auf unsere kleinen Kinder auf, wenn ich zu einem

Treffen fahre. Jetzt sagt er: pass gut auf und bring das Beste von den Ideen mit."

Externe Unterstützerinnen haben eine lange Reise, bis sie überhaupt ins Dorf der Yine gelangen: sie müssen früh morgens in der Regionalhauptstadt Puerto Maldonado im südlichen Regenwald Perus drei Stunden auf der Straße bis Puerto Carlos fahren, dann über den Fluss Inambari setzen, ein Fahrzeug in Puerto Punkiri Chico nehmen, damit eine Stunde auf einem Waldweg bis zur Siedlung Colorado fahren. Dort mit einem Boot sieben Stunden auf dem Fluss Madre de Dios fahren, bis Boca Manu und dann 15 Minuten auf einem Urwaldpfad bis zum Dorf laufen. All das sind Mindestzeiten, wenn alles klappt.

Heinz Schulze

(Aus www.gobernanzadelatierra.org.pe, 2018/08/21)

VERANSTALTUNGEN

- Freiburg i. Br.

Freitag, 23.11.2018

Fachtag „**Starkes Gemeinwesen – Resilient Communities in internationaler Perspektive**“, veranstaltet von Caritas und Evangelischer Hochschule Freiburg zusammen mit u.a. der Informationsstelle Peru.

Das ausführliche Programm können Sie hier ansehen [Programm Fachtag – 23 11 18](#)

- Berlin

10. Dezember 2018

«**Rechtstaat Peru: das Ende der zweiten Fujimori-Ära?**» mit dem Vorstandsmitglied der Infostelle Peru, César Bazán, am Montag, 10.12.2018, um 19:00 Uhr, im Haus der Demokratie und Menschenrechte (Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin [Prenzlauer Berg], Tram M4, Bus 200 Am Friedrichshain, siehe weitere Anlage).

Weitere Details hier [MR und Fujimorismo aktuell dez 18](#)

- Bielefeld und bundesweit

Vom 12. November **bis zum Samstag, 15. Dezember 2018** können sich junge Erwachsene für einen **weltwärts-Freiwilligendienst 2019 – 2020 beim Welthaus Bielefeld** bewerben.

Bewerbungen sind nur über das Onlineformular möglich.

Die aktuell zu besetzenden Einsatzplätze sind auf unserer Webseite einzusehen:

Am **Samstag, 05. und Sonntag, 06. Januar 2019** nehmen die geeigneten BewerberInnen an den Peru-Auswahltagen im Welthaus Bielefeld teil.

- München und weltweit

Am 17. Dezember von **20-21 Uhr**

berichten **Anna Lukasiewicz und Yerar Chavezim u.a. ueber Kulturfoerderung bei den Kukuma im peruanischen Amazonasgebiet.**

Live-Sendung bei Radio Lora München (92,4) oder live-stream

Radio Lora = UKW Welle 92,4

Kabel auf 96,75

oder internet: www.lora924.de

oder DAB+

Moderation: Heinz Schulze, im Rahmen der monatlichen Sendung. Eine Welt Report aus München.

Sie können den Newsletter bestellen über die Website der

Informationsstelle Peru e.V., www.infostelle-peru.de

Rückmeldungen an die Newsletter-Redaktion bitte an

newsletter@infostelle-peru.de

Dieser Newsletter wird herausgegeben von der Informationsstelle Peru e.V. Er wird gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst, von Caritas international, der Erzdiözese Freiburg und der Stiftung Umverteilen

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Informationsstelle Peru e.V. verantwortlich. Die Informationsstelle Peru e.V. wird unterstützt von den Hilfswerken Misereor, Caritas international und Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst.

